Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 4

Artikel: Planwirtschaftliche Bestrebungen in der sowjetischen Besetzungszone Deutschlands

Autor: Müller, Karl H.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336459

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

KARL H. MÜLLER

Planwirtschaftliche Bestrebungen in der sowjetischen Besetzungszone Deutschlands

Berlin, im März 1950.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der sowjetischen Besetzungszone Deutschlands weist drei klar unterscheidbare Etappen auf: von Mai 1945 bis Anfang 1947 eine an ökonomische Devastierung grenzende Demontagepolitik, sowie die Umwandlung der größten Industriekonzerne in sowjetische Aktiengesellschaften (SAG); 1947 der Beginn des systematischen Wiederaufbaues, verbunden mit der gesetzlichen Legalisierung der nahezu vollständigen Enteignung des Privatbesitzes an den wichtigsten Produktionsmitteln; ab 1948 der Übergang zur zentralen Planung der gesamten Wirtschaft.

Die bürokratischen Voraussetzungen für die Errichtung einer zentralistischen Planwirtschaft waren allerdings schon viel früher geschaffen worden. Bereits im Juli 1945 wurden von der sowjetischen Militäradministration (SMA) sogenannte Zentralverwaltungen für das Gebiet der sowjetischen Besetzungszone eingesetzt, um eine zentrale Lenkung der gesamten industriellen und landwirtschaftlichen Tätigkeit zu gewährleisten. Die insgesamt 19 Zentralverwaltungen (für Finanzen, Handel, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Post, Justiz usw.) stießen zunächst auf starken Widerstand bei den örtlichen Organen, die eigene Fachressorts errichtet hatten. Anfangs verfügten die Berliner zentralen Stellen auch über keine klaren Anweisungsbefugnisse. Die Folge davon war, daß sich die Zentralverwaltungen lange Zeit hindurch im luftleeren Raum bewegten und das Schwergewicht der wirtschaftspolitischen Tätigkeit in den Ländern der sowjetischen Zone lag. Einer schnellen Klärung dieser verworrenen und auf die Dauer unhaltbaren Situation stand die Tatsache entgegen, daß zu dieser Zeit der sowjetische Verwaltungsapparat sich in der gleichen Lage befand. Auch die örtlichen russischen Kommandanturen kümmerten sich wenig um die Befehle der SMA, sondern versuchten, in ihrem eigenen Machtbereich selbstherrlich zu regieren. Hinzu kam, daß alle, auch die örtlichen Wiederaufbaubemühungen durch die aus Moskau gekommenen und mit unbegrenzten Vollmachten ausgestatteten Demontagekommissionen immer wieder zunichte gemacht wurden.

Auch die im Mai 1946 von der SMA erlassenen Richtlinien über die Zuständigkeiten der Zentralverwaltungen brachten noch keine Lösung. Im Gegenteil, im Laufe des Jahres 1946 mehrten sich die Schwierigkeiten und Über-

schneidungen in der Zusammenarbeit zwischen den Berliner Zentralverwaltungen und den Länderorganen. In jedem Kreis, in den größeren Städten, in den Provinzial- und Länderverwaltungen gab es Planungsstellen, die Produktionspläne ausarbeiteten, Rohstoffe und Fertigwaren lenkten und verteilten, die mit anderen Worten die Bewirtschaftungsaufgaben der im Kriege geschaffenen Ämter fortführten. Es ist nicht verwunderlich, daß unter diesen Umständen nicht nur Fehldispositionen an der Tagesordnung waren, sondern auch die Gesamtverhältnisse immer chaotischer wurden. Die provinziellen Autarkiebestrebungen ließen schließlich einen völligen Zusammenbruch der ostzonalen Wirtschaft befürchten. Und vollends mit der Bildung der Regierungen in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besetzungszone, Anfang 1947, wurde eine Abstimmung der Arbeitsbereiche, der Verantwortlichkeit und Zuständigkeit unter den beiden Parteien unausbleiblich. Im Februar 1947 wurde zwischen den Zentralverwaltungen und den Länderregierungen ein Vertragswerk abgeschlossen, das eine klare Arbeitsgrundlage schaffen sollte. Aber erst mit der Errichtung der zentralen *Deutschen Wirtschaftskommission* (DWK) im Juni 1947 wurde dem verlustreichen Kompetenzstreit ein Ende bereitet und die Zentralverwaltungswirtschaft in der Ostzone eindeutig konstituiert.

Die DWK wurde von der sowjetischen Besetzungsmacht formell mit allen erforderlichen Befugnissen ausgestattet. Der entsprechende sowjetische Befehl ordnete eine vollständige Koordinierung der Arbeiten der Länder und Provinzen auf dem Gebiete der Planung, Lenkung und Kontrolle der Industrie, des Handwerks, des Handels und der Versorgung mit den zentralen Instanzen der DWK an. Der DWK wurde die Sicherung der Erfassung und Verteilung der Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse der Industrie, sowie der Erzeugnisse der Landwirtschaft, ferner die Aufstellung und Durchführung der Produktionspläne, die Kontrolle über die Erfassungs- und Verteilungspläne in den Ländern und Provinzen, sowie die Förderung allgemeiner wirtschaftlicher Maßnahmen übertragen. Der DWK wurde darüber hinaus das Recht eingeräumt, an Ort und Stelle für die Überwachung der Pläne Sorge zu tragen und Prüfungen vorzunehmen.

Die Durchführung dieser gigantischen Aufgaben stieß naturgemäß auf größte Schwierigkeiten. Einmal fehlte das notwendige geschulte Personal. Diesem Mangel versuchte man durch die massenweise Einstellung von ehemaligen Nationalsozialisten, vor allem in unteren und mittleren Stellen, abzuhelfen. Zum anderen bedeutete das nach sowjetischem Muster errichtete Plansystem den Zwang zur weitgehenden Autarkie, was bei der schmalen und unausgeglichenen Rohstoffbasis der Ostzone zum Teil gänzlich unlösbare Probleme stellte und im allgemeinen schwere wirtschaftliche Beeinträchtigungen

zeitigte (z. B. Braunkohlenfeuerung der Lokomotiven). Das stärkste Hindernis jedoch, das einer umfassenden Planung der ostzonalen Wirtschaft im Wege stand, waren die ständigen willkürlichen Eingriffe der sowjetischen Besetzungsorgane in das Wirtschaftsleben. Die sowjetischen Aktiengesellschaften, deren Anteil im Erzbergbau und in der Metallgewinnung 60 Prozent, bei Buna, Gummi und Asbest 70 Prozent, in der Chemie und im Kalibergbau 50 Prozent, in der Elektroindustrie über 20 Prozent usw. beträgt, scheiden für die deutsche Planung nicht nur von vornherein aus, sondern stellen auch einen dauernden allgemeinen Störungsfaktor dar, weil sie hinsichtlich der Rohstoffbeschaffung und des Arbeitseinsatzes unbeschränkte Priorität genießen. Vor allem aber waren es die bis Anfang 1949, trotz gegenteiligen Versicherungen der SMA, immer wieder einsetzenden unerwarteten Demontagewellen, die die mühsam ausgearbeiteten Pläne über den Haufen warfen. Auch die Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion wurden von Moskau aus je nach Bedarf gesteigert und brachten zusätzliche Störungen des Wirtschaftsprozesses mit sich. Erst in diesem Jahr sollen die Reparationen in vertraglich festgesetzten Grenzen erfolgen.

Angesichts der geschilderten Verhältnisse ist es verständlich, daß die DWK keine besondere Lust zeigte, einen umfassenden Volkswirtschaftsplan aufzustellen. Erst im Sommer 1948 erfolgte unter dem Druck der SMA die Proklamierung des «*Zweijahresplans 1949/50 zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft*».

Der Plan sieht eine Steigerung der gesamten industriellen Produktion bis Ende 1950 um 35 Prozent gegenüber 1947 vor, eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 30 Prozent sowie der Lohnsumme um 15 Prozent, ferner die Erreichung der Friedenserträge in der Landwirtschaft. Wie hohe Funktionäre der DWK seinerzeit in privatem Gespräch erklärten, beruhten die meisten Planziffern aber nicht auf einer sorgfältigen Inventur der vorhandenen Erzeugungskapazitäten, sondern waren einfach «über den Daumen gepeilt», beziehungsweise von den zuständigen sowjetischen Organen nach Gutdünken festgesetzt worden. Die notwendige zentrale Bestandesaufnahme der vorhandenen Maschinen, Rohstoffe, Facharbeiter usw. wurde erst im Laufe des Jahres 1949 mit einem ungeheuren Aufwand an Bürokräften durchgeführt und wird zurzeit immer noch überprüft und korrigiert. Abgesehen von diesen inneren Schwierigkeiten wurde der ostzonalen Wirtschaftsplanung von außen her ein Schlag zugefügt, der ihre Wirkungsmöglichkeit noch mehr einschränkte, zugleich aber auch die Notwendigkeit von straff zentralistischen Planungsmaßnahmen außerordentlich verstärkte.

Bis Mitte 1948 bestand in ganz Deutschland die einheitliche alte Reichs-

markwährung. Neben dieser gab es noch das sogenannte alliierte Besetzungsgeld, das ebenfalls in allen Besetzungszonen gültiges Zahlungsmittel war. Von dieser gemeinsamen Währung konnte die behördlich verwaltete ostdeutsche Wirtschaft auf Kosten der freien westdeutschen Wirtschaft in hohem Maße profitieren. Grob gesprochen, flossen die umfangreichen amerikanischen Hilfslieferungen an Westdeutschland auf dem Umwege über die einheitliche Währung in die Taschen der sowjetischen Reparationspolitik. Ferner ist zu berücksichtigen, daß das von der SMA in Umlauf gebrachte Besetzungsgeld bereits 1947 auf über 12 Milliarden Mark angeschwollen war, gegenüber nur insgesamt 3 Milliarden von seiten der westlichen Besetzungsmächte. Eine in allen vier Besetzungszonen gemeinsam durchgeführte Währungsreform, über die fast zwei Jahre lang verhandelt worden war, hätte eine einheitliche Wirtschaftspolitik in ganz Deutschland zur Voraussetzung gehabt. Damit war aber nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 nicht mehr zu rechnen. Auf beiden Seiten wurden daher Vorbereitungen für eine *separate Währungsreform* in die Wege geleitet. Die Sowjets legten dabei keine allzu große Eile an den Tag, weil sie an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes interessiert waren.

Der 20. Juni 1948 war ein schwarzer Tag für die ostzonalen Wirtschaftspolitiker. Durch die separate Währungsreform war Westdeutschland praktisch Devisenausland geworden, und die Kursrelation war für die Ostzone von Anfang an äußerst ungünstig. (Sie liegt heute bei 6—7 Ostmark für eine Westmark.) Die schwierige Lage, in die die ostzonale Wirtschaft dadurch geraten war, wurde durch die von den sowjetischen Behörden angeordnete *Blockade Westberlins* noch weiter verschärft. Die daraufhin von den westlichen Alliierten verhängten *Blockademaßnahmen gegen die Ostzone* erwiesen sich als weitaus wirkungsvoller und brachten das ostdeutsche Wirtschaftsleben innerhalb von 10 Monaten an den Rand des völligen Zusammenbruchs. Weder die Sowjetunion noch deren osteuropäische Satellitenstaaten waren in der Lage, den Ausfall der westeuropäischen Lieferungen wettzumachen, und die Blockierung des Transitverkehrs aus den westeuropäischen Ländern durch Westdeutschland bürdete den ostdeutschen Beziehern auf die Dauer unerträglich hohe Transportkosten auf. Die bedingungslose Aufhebung der Blockade Westberlins im Mai 1949 beseitigte zwar diese außerordentlichen wirtschaftlichen Behinderungen, aber die grundsätzliche Problematik des sogenannten Interzonenhandels blieb weiterbestehen. Die bisherige Praxis hat gezeigt, daß die Ostzone nicht imstande ist, ihre Lieferverpflichtungen aus dem interzonalen Handelsvertrag zu erfüllen. Im Januar erreichte der Passivsaldo der Ostzone im Warenverkehr mit Westdeutschland fast 20 Millionen Mark, wodurch eine vorüber-

gehende Einstellung der Eisen- und Stahllieferungen nach Ostdeutschland notwendig wurde. Als erschwerend kommt hinzu, daß die ostzonale Wirtschaft die westdeutschen Wünsche sowohl in bezug auf Warengattungen wie auf Qualität nicht zu befriedigen vermag.

Die offensichtliche Schwäche des ostdeutschen Planwirtschaftssystems, die hierin zum Ausdruck kommt, wird man allerdings in den offiziellen Verlautbarungen vergeblich suchen. Im Oktober vorigen Jahres wurde die ostdeutsche Zentralregierung errichtet und die Zentralverwaltungen der DWK in *Ministerien* umgewandelt. Wie der ostzonale Minister für Planung, Heinrich Rau, im Januar bekanntgab, soll die industrielle Produktion der Ostzone im letzten Jahr um 20 Prozent gestiegen sein und schon in diesem Sommer das Endziel des Zweijahresplans erreichen. Vergleicht man jedoch die wenigen konkreten Angaben, auf die sich Rau stützt, mit den Feststellungen, die Mitte vorigen Jahres veröffentlicht wurden, dann müßte der Zweijahresplan bereits heute um 10 Prozent übererfüllt sein. Noch fragwürdiger erscheinen die von Rau angegebenen Prozentzahlen, wenn man sie mit dem staatlichen Haushaltsplan für 1950 vergleicht, der nur eine achtprozentige Erhöhung gegenüber dem Vorjahr aufweist. Der erwähnte Haushaltsplan enthält im übrigen Beträge, die man nur mit einem guten Schuß Humor hinnehmen kann. So sollen zum Beispiel die sogenannten volkseigenen Betriebe ihre an den Staat abzuführenden Gewinne im laufenden Jahr um das Fünffache steigern. Wie aber allgemein bekannt ist und von der ostzonalen Presse selbst immer wieder beklagt wird, sind die meisten volkseigenen Betriebe subventionsbedürftig. Das Land Brandenburg ist Anfang dieses Jahres aus diesem Grunde in eine ernste Finanzkrise geraten.

Nicht besser verhält es sich auf dem *landwirtschaftlichen Sektor*. Hier sollen, wie Planungsminister Rau bekanntgab, in diesem Jahr drei Hauptziele erreicht werden: Die Erweiterung der Gesamtanbaufläche auf den Stand der Vorkriegszeit, die Erreichung der Friedenshektarerträge sowie die Vermehrung des Viehbestandes auf den Vorkriegsstand unter gleichzeitiger Hebung des durchschnittlichen Milch- und Fleischertrages. Rau unterlief das Mißgeschick, seiner Berechnung erheblich niedrigere Daten der Friedenserträge zugrunde zu legen als die, die der jetzige stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht vor genau einem Jahr in einem wirtschaftspolitischen Referat bekanntgegeben hatte. Aber selbst die auf Grund dieser gewaltsamen Korrektur aufgestellten Planziffern für das laufende Jahr gehen weit über die realen Produktionsmöglichkeiten der ostzonalen Landwirtschaft hinaus. Der Plan sieht zum Beispiel eine Steigerung um 75 Prozent innerhalb eines Jahres vor! Selbst wenn es gelänge, dieses phantastische Programm durchzuführen, so

wäre aber auch damit noch nicht annähernd eine friedensmäßige Versorgung gesichert. Während 1938 der Verbrauch an Fleisch pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland 47,5 Kilo betrug, würde er sich trotz erfolgreicher Durchführung des Volkswirtschaftsplans für 1950 auf nur 9 Kilo pro Kopf belaufen, also knapp die derzeitigen Rationen decken. (Gegenwärtig wird in vielen Gegenden der Ostzone noch immer die Fleischzuteilung häufig durch Weißkäse, Hering usw. ersetzt. In Westdeutschland dagegen ist der Fleischkonsum wieder auf 23 Kilo jährlich angestiegen.) An Margarine wurden 1938 pro Kopf der Bevölkerung fast 10 Kilo verbraucht, der Volkswirtschaftsplan für 1950 stellt jedem Ostzonenbewohner etwas über 2 Kilo zur Verfügung. (Der Gesamtverbrauch an Fett betrug vor dem Kriege 112 Kilo pro Kopf der Bevölkerung. Er beträgt zurzeit in Westdeutschland 69 Kilo, in der Ostzone schätzungsweise etwa 15 Kilo.) In einem mir vorliegenden Brief einer Ostzonenbewohnerin aus der Gegend von Chemnitz, der Westberliner Verwandte zu Weihnachten 3 Pfund amerikanisches Schweineschmalz geschickt hatten, heißt es: «Endlich haben wir wieder für viele Wochen (!) Fettaufstrich aufs Brot. Wir haben in diesem Monat wieder zum größten Teil Zucker statt Fett erhalten.»

Während in Westdeutschland und in Westberlin die Rationierung der Lebensmittel sowie die Warenbewirtschaftung praktisch aufgehoben ist, sind in der Ostzone die Lebensmittel noch immer zu einem durchschnittlichen Tagessatz von etwa 1600 Kalorien rationiert, und auch für die andern Gebrauchsgüter besteht noch ein völlig unzulängliches Zuteilungssystem. Um sich zusätzliche Lebensmittel oder andere Waren zu beschaffen, ist der Ostzonenkonsument auf den Schwarzen Markt oder die sogenannten freien Geschäfte der staatlichen Handelsorganisation (HO-Läden) angewiesen. Die Preise in den HO-Läden betragen im Durchschnitt das achtfache der Normalpreise. und die Einnahmen des Staates aus diesem Geschäft belaufen sich nach offiziellen Angaben auf 10 Prozent des Gesamthaushalts. Bei gleichen Nominallöhnen ergibt sich damit für die Ostzone ein um 20 bis 30 Prozent niedrigerer Reallohn als der westdeutsche. Hieraus erklärt sich im wesentlichen die sonst kaum begreifliche Tatsache, daß es selbst in Westberlin, trotz einer Arbeitslosenzahl von 308 000 im Februar dieses Jahres (bei einem Beschäftigtenstand von 686 000), den Kommunisten bisher nicht gelungen ist, Fuß zu fassen. Auch die Abwanderung von über einer Million Ostzonenbewohner nach Westdeutschland in den letzten anderthalb Jahren ist, neben den politischen Unterdrückungsmaßnahmen aller Art, hauptsächlich auf den unterschiedlichen Lebensstandard zurückzuführen.

Der Widerspruch zwischen den bombastischen Planziffern und der alltäglichen Wirklichkeit in der Ostzone ist so eklatant, daß man geneigt ist, gewissen In-

formationen Glauben zu schenken, die behaupten, daß sich die ostzonalen Planungsbehörden einer «doppelten Buchführung» bedienen, einer streng geheimen, die den realen Tatsachen Rechnung trägt, und einer öffentlichen, die vorwiegend propagandistische Zwecke verfolgt. Für diese Annahme spricht auch die geradezu krankhafte Spionagefurcht, die in den ostzonalen Ämtern herrscht. In den wirtschaftlichen Ministerien kommt auf etwa zehn Angestellte ein Aufsichtsbeamter des staatlichen Sicherheitsdienstes (SSD). Nicht nur Aktentaschenkontrollen, sondern auch Leibesvisitationen werden häufig vorgenommen. Zum Teil dienen diese Maßnahmen natürlich zur Geheimhaltung der sowjetischen Rüstungsproduktion und der effektiven Reparationsleistungen, aber damit allein läßt sich das Ausmaß der Überwachungen kaum rechtfertigen, ganz abgesehen davon, daß es für diese Zwecke genügen würde, die Tätigkeit einzelner Ämter, nicht aber das gesamte Wirtschaftsleben der Zone mit einem geheimnisvollen Schleier zu umgeben. Was es vor allem zu verbergen gilt, das ist das tatsächliche Verhältnis von wirtschaftlichem Aufwand und Leistung, das bei einer klaren Rechnungslegung zutage treten würde, sowie die Unterlagen, aus denen sich ersehen ließe, wer die Kosten des planwirtschaftlichen Experiments zu tragen hat.

Noch ein anderer Umstand trägt dazu bei, die offiziellen ostzonalen Planziffern weitgehend zu entwerten: die ungemein hohe Ausschußproduktion. Auch hierüber gibt es natürlich keine amtlichen Angaben, aber an Hand der nach sowjetrussischem Muster geübten «*bolschewistischen Selbstkritik*» ist es immerhin möglich, einen ungefähren Überblick über den tatsächlichen Umfang dieses Mißstandes zu gewinnen. Diese Selbstkritik richtet sich selbstredend niemals gegen das System, sondern möchte einzelne Personen, die angebliche Nachlässigkeit der Arbeiter oder Techniker für die weitverbreitete Mißwirtschaft verantwortlich machen. Sie spricht auch immer nur von einzelnen Fällen und möchte diese als Ausnahmen hinstellen. Da aber in der gesamten ostdeutschen Presse Tag für Tag Meldungen über wirtschaftliche Mißstände aller Art erscheinen, ist anzunehmen, daß, abgesehen von einigen wenigen Musterbetrieben, die Qualitätsarbeit im allgemeinen sehr gelitten hat. Die Parole für 1950 lautet darum: Erhöhung der Qualität! Während es im vorigen Jahr hieß: Das Plansoll übererfüllen!

Um die gewaltigen Beträge für Reparationen, bürokratischen Apparat, Verstärkung und Ausrüstung der Volkspolizei, Investitionen usw. aufzubringen, stehen der ostzonalen Planung im wesentlichen nur zwei Wege offen: Steigerung der individuellen Arbeitsleistung und Preismanipulationen. Von beiden macht sie ausgiebig Gebrauch. Interessant ist die theoretische Recht-

fertigung dieser Politik. In den «Mitteilungen des Forschungsinstituts für den wissenschaftlichen Sozialismus beim Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands» heißt es einleitend: «Fragen der Arbeitsproduktivität und der Lohngestaltung können selbstverständlich nicht abstrakt behandelt werden, sondern unsere Stellung zu ihnen hängt von der konkreten Situation ab. Grundlage zur Beurteilung dieser konkreten Situation sind für uns die Beschlüsse der Partei . . .» Die Partei aber fordert sowohl die Steigerung der Arbeitsproduktivität wie auch der Arbeitsintensität um jeden Preis. Zur Verwirklichung dieser Forderung wurde zunächst der sogenannte «progressive Leistungslohn» eingeführt, eine verschämte Umbenennung für theoretisch unbegrenzte Akkordspitzenverdienste. Dieses Lohnsystem fand verständlicherweise vor allem bei den jungen Arbeitern großen Gefallen. Warnungen von seiten der älteren, gewerkschaftlich geschulten Arbeitern blieben unbeachtet. Schon nach wenigen Monaten wurden die Spitzenleistungen zur allgemeinen Norm erklärt und der progressive Leistungslohn praktisch abgeschafft, das heißt nur noch in «Engpaß-Betrieben» zugelassen. «Wenn auch zehnmal bewiesen wird, daß man bei einer entsprechenden Senkung der sogenannten fixen Kosten den progressiven Leistungslohn einführen kann, ohne die Rentabilität der Betriebe zu gefährden, so folgt daraus noch lange nicht, daß die allgemeine Einführung des progressiven Leistungslohnes volkswirtschaftlich empfehlenswert oder auch nur zulässig ist . . .», so begründen die oben erwähnten «Mitteilungen» die neueste Lohnpolitik. Der frühere, bei den Arbeitern so unbeliebte «REFA» (Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung) wurde in «TAN» (Ausschuß für technische Arbeitsnormen) umbenannt, und diese Neuinstitution geht im allgemeinen noch rücksichtsloser vor als ihre Vorläuferin.

Der Widerstand der Arbeiterschaft gegen die neue Lohnpolitik wurde durch die Abschaffung der Betriebsräte und deren Ersetzuneg durch die sogenannten Betriebs-Gewerkschaftsleitungen, die von der kommunistischen Einheitsgewerkschaft kontrolliert werden, gebrochen. Gleichzeitig wurde in Nachahmung der russischen Stachanow-Bewegung eine «Aktivistenbewegung» ins Leben gerufen, die mittels hoher Einzelprämien die Arbeiter zu Höchstleistungen anzuspornen versucht. Nach anfänglich unbestreitbaren Erfolgen scheint diese Bewegung wieder rückläufig geworden zu sein, weil auch hier die Tendenz verfolgt wird, die auf Grund sorgfältiger Vorbereitung erzielten außergewöhnlichen Leistungen schon nach kurzer Zeit als allgemeinverbindliche Norm festzusetzen. Ferner darf nicht übersehen werden, daß die Spitzenleistungen für gewöhnlich — direkt oder indirekt — auf Kosten der Qualität gehen. Die Bestrebungen zur verschärften Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft dürften bisher infolge der Unruhe, die dadurch unter der Arbeiter-

schaft hervorgerufen worden ist, im gesamten mehr Schaden als effektiven Nutzen gebracht haben.

In den bereits erwähnten «Mitteilungen» wird angekündigt, daß im Interesse einer «zweckmäßigen Lohngestaltung im Dienste der Entwicklung der Produktivkräfte die Normen alljährlich überprüft und, soweit dies der Entwicklung der Produktivität entspricht, heraufgesetzt werden». Und beschönigend wird hinzugefügt: «Bei dieser Maßnahme handelt es sich nicht um eine Beibehaltung der kapitalistischen Akkordschere. Die steigende Produktivität kommt der gesamten werktätigen Bevölkerung zugute in Form herabgesetzter Preise, einer Verbesserung der allgemeinen sozialen Lage, Beschleunigung der Akkumulation und Festigung der demokratisch-antifaschistischen Ordnung.» Unglücklicherweise sieht sich die ostdeutsche Regierung aber gerade in diesen Tagen gezwungen, die Preise für rationierte Lebensmittel zu erhöhen. Vor einiger Zeit wurden in den freien HO-Läden zum Teil erhebliche Preissenkungen vorgenommen, aber dies war lediglich auf den starken Absatzrückgang zurückzuführen. Die HO-Preise müssen naturgemäß immer etwas unter den Schwarzmarktpreisen liegen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Da die Einnahmen aus dem HO-Geschäft einen wichtigen Posten im Staatshaushalt bilden, muß der Ausfall auf andere Weise wettgemacht werden. Wie sich jetzt zeigt, scheint die Erhöhung der Preise für rationierte Waren der einzig mögliche Ausweg aus den chronischen Finanzschwierigkeiten der Ostzone zu sein. Die Unpopularität dieser Maßnahme wird wahrscheinlich sehr ernste Folgen auf die allgemeine Arbeitsmoral mit sich bringen. Die systematische Ausschaltung jeder offenen Opposition wird diese Gefahr möglicherweise noch verschärfen. Die latente soziale Krise, in der sich die ostzonale Republik befindet, könnte nur durch eine nachhaltige Besserung der allgemeinen Lebenshaltung behoben werden. Dazu ist die Regierung aber offensichtlich nicht in der Lage.

Der weitere Verlauf des planwirtschaftlichen Experiments in der sowjetischen Besetzungszone ist, was seinen formalen Charakter betrifft, von vornherein genau vorgezeichnet. Angestrebt wird, zum Teil gegen den Willen mancher deutschen kommunistischen Kreise, eine möglichst treue Kopie des sowjetrussischen Vorbildes. So ist zum Beispiel noch in diesem Jahr mit dem Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft zu rechnen. Die bisherigen, vorwiegend negativen Ergebnisse der ostzonalen Planwirtschaft haben den sozialistischen Bestrebungen in ganz Deutschland schweren Schaden zugefügt und den planwirtschaftlichen Gedanken schlechthin in Mißkredit gebracht. Nur eine scharfe Abgrenzung von der östlichen Praxis und eine klare Darlegung der eigenen Ziele und Wege wird dies wieder gutmachen können.